



Gemeinsame Pressemitteilung von Flüchtlingsrat Niedersachsen, Equal Rights Beyond Borders und Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF)

29.01.2019

Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Schutzsuchenden aus Griechenland als Mindestmaß an Menschlichkeit sofort umsetzen

Anlässlich der heutigen Debatte im Bundestag über die Aufnahme unbegleiteter Schutzsuchender aus den EU-Hotspots in Griechenland fordern der Flüchtlingsrat Niedersachsen, der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) und Equal Rights Beyond Borders die Bundesregierung auf, sofort zu handeln und unbegleitete minderjährige Geflüchtete, die in Griechenland oft unter katastrophalen Bedingungen leben, aufzunehmen.

Mittlerweile müssen über [41.500 Schutzsuchende](#) in den menschenunwürdigen Bedingungen in den sog. Hotspots auf den Inseln in der Ostägäis ausharren, die aber nur für ca. 9000 Personen ausgelegt sind. Die Zustände verschlechtern sich stetig, weil die Anzahl von Menschen, die auf den Inseln feststecken, aufgrund der restriktiven Residenzpflicht weiter steigt und es – bei schlechter werdendem Wetter – immer noch an jeglicher Infrastruktur fehlt.

„Ein Drittel der Betroffenen in den Hotspots sind Kinder, über die Hälfte von ihnen ist jünger als zwölf Jahre alt. Unter ihnen auch über 2.000 unbegleitete minderjährige Geflüchteten. Insgesamt halten sich in ganz Griechenland über 5.000 unbegleitete Minderjährige auf, von denen viele Verwandte in Deutschland haben. Für diese ist die Bundesrepublik nach den Regeln des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems zuständig. Sie müssen nach Deutschland überstellt werden!“, so Robert Nestler von Equal Rights Beyond Borders.

Stattdessen blockiert die Bundesrepublik die Überstellung. Im letzten Jahr wurden [fast 3/4 aller Aufnahmeersuchen von Griechenland an Deutschland abgelehnt](#), viele davon rechtswidrig. *„Auf der anderen Seite werden fast 80 Prozent der gerichtlichen Verfahren, die wir gegen Ablehnungen von deutscher Seite führen, zugunsten der Schutzsuchenden entschieden. Dieser nicht zu rechtfertigende Gegensatz zeigt ein gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat“,* so Nestler.

Aufgrund dieser Praxis dürfen die Kinder nicht nach Deutschland. Sie sollten eigentlich in besonderen Einrichtungen und Sicherheitszonen untergebracht werden. In der Realität leben sie jedoch häufig auf der Straße oder in behelfsmäßig aufgestellten Zelten. *„Oft werden unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Griechenland auch unter kinderrechtswidrigen Umständen unrechtmäßig inhaftiert. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat dies bereits mehrfach als rechtswidrig eingestuft. Aufgrund fehlender Schutzräume für Minderjährige sind die meisten Jugendlichen und Kinder so häufig von Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch, bedroht; sie haben kaum Zugang zu medizinischer Versorgung oder ausreichend Nahrung.“,* so Dörthe Hinz vom Flüchtlingsrat Niedersachsen.

Dies zeigen zahlreiche [Berichte zur Situation](#) unbegleiteter Minderjähriger in Griechenland, die dokumentieren, dass diese Zustände bereits seit 2016, seit Bestehen der EU-Türkei Erklärung, weder im Einklang mit europäischem Recht noch im Einklang mit den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention stehen. Kinder, die als Schutzsuchende vor Krieg fliehen, sollten innerhalb der Europäischen Union sofort Schutz und eine gute humanitäre und medizinische Versorgung erhalten, sowie Zugang zu Bildung.

Flüchtlingsrat Niedersachsen, B-UMF und Equal Rights fordern:

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sollte endlich aufhören, die Familienzusammenführung von Minderjährigen rechtswidrig zu verhindern. Auch darüber hinaus stehen rechtliche Möglichkeiten zur Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland bereit. „Es ist leider zu einer Frage des politischen Willens geworden, ob Minderjährige aus den katastrophalen Verhältnissen rausgeholt werden können“, so Nestler.

„Zahlreiche Kommunen und mittlerweile auch sieben Bundesländer haben ihre Aufnahmebereitschaft für unbegleitete minderjährige Schutzsuchende aus Griechenland erklärt. Diese Aufnahmebereitschaft der Kommunen und Länder sollte die Bundesregierung unterstützen“, so Hinz.